

Die Zeitschrift "Raumforschung und Raumordnung" und die DDR: Zur Rezeption der DDR-Raumplanung in "Raumforschung und Raumordnung" (RuR)

Kegler, Harald

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kegler, H. (2023). Die Zeitschrift "Raumforschung und Raumordnung" und die DDR: Zur Rezeption der DDR-Raumplanung in "Raumforschung und Raumordnung" (RuR). *Raumforschung und Raumordnung / Spatial Research and Planning*, 81(1), 68-82. <https://doi.org/10.14512/rur.47>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ und die DDR. Zur Rezeption der DDR-Raumplanung in „Raumforschung und Raumordnung“ (RuR)


Harald Kegler

Eingegangen: 24. August 2020 ■ Angenommen: 25. Mai 2021 ■ Online veröffentlicht: 31. Januar 2022

Zusammenfassung

Die räumliche Planung in der DDR spielte in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (RuR) nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch können inhaltliche Grundaussagen in der Rezeption der DDR-Territorialplanung festgestellt werden. Ziel dieses Beitrages ist es, inhaltliche Tendenzen über die Raumplanung in der DDR in Artikeln der Zeitschrift zu identifizieren. Dabei ist es unumgänglich, auch einen Blick auf die Entwicklung der Raumplanung in der DDR selbst zu werfen, um die Relation zwischen Abbild in der Zeitschrift und realem Bezug in der DDR ausmachen zu können. Die Analyse oszilliert zwischen der Abfolge von epistemologisch Ertrag versprechenden Artikeln in RuR und den markanten Erkenntnisbeständen in der DDR-Planungsforschung. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf Schlüsselpublikationen, die auch einen Beitrag zur Deutung des *spatial turn* umreißen. Die gefundenen Tendenzen folgten letztlich auch gesellschaftspolitischen Konnotationen der Bundespolitik gegenüber der DDR. Diese begannen mit einer eher distanzierten Berichterstattung über die „Sowjetzone“ und kritischen Betrachtungen zu einzelnen Aspekten der dortigen räumlichen Planung. Daran schlossen sich zunehmend sachlich werdende Berichte und Kritiken an, die ein differenziertes Bild der räumlichen Planung der DDR skizzierten. Schließlich mündeten die Beiträge in einer fachlichen Diskussion auf Augenhöhe über die DDR und verbanden eine kritische Reflexion auch mit den Problemen in der BRD.

✉ **apl. Prof. Dr. Harald Kegler**, Institut für urbane Entwicklungen, Universität Kassel, Gottschalkstraße 22, 34109 Kassel, Deutschland harald_kegler@yahoo.com

 © 2021 Kegler; licensee oekom verlag. This Open Access article is published under a Creative Commons Attribution 4.0 International License.

Schlüsselwörter: Raumforschung und Raumordnung ■ DDR ■ Territorialplanung ■ Planungstheorie ■ Relation der deutsch-deutschen Raumplanung

The journal ‘Raumforschung und Raumordnung’ and the GDR. The reception of GDR spatial planning in ‘Raumforschung und Raumordnung’

Abstract

In the journal ‘Raumforschung und Raumordnung’ (RuR), the topic of spatial planning in the GDR played but a subordinate role. Nevertheless, it is possible to deduce basic statements on the reception of GDR territorial planning. This paper examines articles in the journal with the aim of identifying tendencies in discussion of spatial planning in the GDR. It is essential to also take a look at the development of spatial planning in the GDR itself in order to trace the relationship between the image in the journal and the real frame of reference in the GDR. The analysis oscillates between chronological consideration of epistemologically promising articles in RuR and distinctive findings in GDR planning research. The focus of the analysis is on key publications that also contribute to interpretation of the spatial turn. The tendencies found also reflected socio-political connotations of federal policy towards the GDR. These began with rather distanced reporting on the ‘Soviet zone’ and critical observations on individual aspects of spatial planning there. This was followed by increasingly objective reports and critiques that sketched a differentiated picture of spatial planning in the GDR. Finally, the papers comprised professional discussion about the GDR on equal terms, combining critical reflection with consideration of problems in the FRG.

Keywords: Raumforschung und Raumordnung ■ GDR ■ Spatial planning ■ Planning theory ■ Relations in German-German spatial planning

1 Einführung

Warum gilt das besondere Interesse einer Zeitschrift, die doch vornehmlich auf die Fragen räumlicher Entwicklung in der BRD ausgerichtet war, der DDR-Thematik? Hängt dies, 30 Jahre nach der deutschen Einheit, auch damit zusammen, dass eine allmählich wachsende Aufmerksamkeit an Inhalten jenseits der oft anzutreffenden Delegitimierung der DDR zu konstatieren ist? Ein Blick in die wichtigste Fachzeitschrift für Raumplanung im deutschsprachigen Gebiet zeigt, dass ein erstaunlicher, wenngleich differenzierter Ertrag zu Tage befördert werden kann. Es ist ein verdienstvolles Anliegen der Herausgeber, diesem Thema Raum zur Erschließung zu geben.

Themen der räumlichen Entwicklung in der DDR waren kein zentraler Gegenstand der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (RuR), was auch nicht zu erwarten war, dennoch spielt die DDR durchgehend, allerdings diskontinuierlich über die 40 Jahre ihrer Existenz eine Rolle und es können Grundaussagen zur DDR-Raumplanung identifiziert werden. Die Beiträge spiegeln, um es vorwegzunehmen, in prägnanter Weise die fachpolitische Wahrnehmung und jeweils zeitbedingten Diktionen der BRD zur DDR wider. Das mag auf den ersten Blick nicht verwundern, sind doch Fachzeitschriften nicht nur interne Mitteilungsblätter der jeweiligen Disziplin, sondern reflektieren – bewusst oder unbewusst – als ‚Schaufenster‘ die jeweiligen Verhältnisse. Die gewählten Themen und deren Autorinnen und Autoren existieren nicht im politisch luftleeren Raum. Das ist selbstverständlich. Doch die Beziehungen von BRD und DDR waren besondere. Der Kalte Krieg prägte die Sicht der westdeutschen Autorinnen und Autoren auf die Entwicklungen in der DDR. Ebenso lässt sich die beginnende Entspannungspolitik seit den 1970er-Jahren ablesen. Bemerkenswert erscheint dann die Berichterstattung über die DDR an deren Ende.

Ziel dieses Beitrages ist es, inhaltliche Tendenzen über die Raumplanung in der DDR in Aufsätzen der Zeitschrift zu identifizieren. Dabei ist es unumgänglich, einen Blick auf die Entwicklung der Raumplanung in der DDR selbst zu werfen, um die Relation zwischen Abbild in der Zeitschrift und realem Bezug ausmachen zu können. So geht es nicht um eine quantitative Analyse der in der Zeitschrift erschienenen Beiträge mit einem Bezug zur DDR. Es werden vielmehr von den insgesamt 27 Beiträgen in RuR, die es zum Thema Raumplanung in der DDR gab, 22 ausgewählt und in die Analyse einbezogen. Fünf Beiträge wurden nicht berücksichtigt, weil sie zum Thema keine Aussagen im engeren Sinn enthalten.

Im nachfolgenden Kapitel 2 stehen die thematischen Schwerpunkte der jeweiligen Beiträge in RuR mit quantitativen Betrachtungen im Vordergrund. Daraus leitet sich

dann eine Periodisierung in der thematischen Auseinandersetzung von Autorinnen und Autoren mit DDR-Raumentwicklungen ab. In Kapitel 3 folgt ein kurzer Abriss zur Territorialplanung in der DDR, in Kapitel 4 eine Widerspiegelung der Zeitschrift in wichtigen Büchern zur räumlichen Planung der DDR. Der Hauptteil dieses Beitrags ist Kapitel 5, in dem die ausgewählten Beiträge vorgestellt, bewertet und zeitthematisch geordnet werden. Im sechsten Kapitel wird ein kurzes Fazit gezogen.

2 „Raumforschung und Raumordnung“ und die DDR-Bezüge im Überblick

Die DDR und deren raumrelevante Entwicklungsfragen waren ein eher untergeordneter Gegenstand in RuR. Zwischen 1950 und 1989 erschienen 24 Artikel („Aufsätze“ und „Berichte“, ohne Notizen), die sich der DDR widmeten; das sind wenige Prozent aller Beiträge. Aus quantitativer Perspektive gesehen lassen sich fünf Perioden hinsichtlich der Veröffentlichungstätigkeit ausmachen: 1950 bis 1954 (I), 1958 bis 1963 (II), 1966 bis 1971 (III), 1975 bis 1980 (IV) sowie 1989/1990 (V).

Diese fünf Perioden korrespondieren auffallend mit übergreifenden Ereignissen gesellschaftspolitischer Relevanz. So steht die erste Periode im Zusammenhang mit dem beginnenden Kalten Krieg. Die zweite Periode entspricht der räumlichen Neuorganisation und beginnenden Modernisierung der DDR sowie dem Bau der Mauer, was aber direkt keine Rolle spielt. Die dritte Periode ist sehr von der ökonomischen Neuorientierung der DDR in der Ulbricht-Ära, dem sogenannten „Neuen ökonomischen System des Sozialismus“ (NÖS), geprägt. Die vierte Periode steht im Gefolge der neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Honecker-Zeit mit dem Wohnungsbauprogramm, aber auch einer konsolidierten Territorialplanung. Und letztlich ist die Dekade vor 1989 von einer erstaunlichen Darstellung der DDR als gereiftem Land geprägt. Diese scherenschnittartige Bilanz muss in quantitativer Hinsicht natürlich relativiert werden. Es handelt sich stets um Einzelbeiträge von einem sehr begrenzten Autorenkreis; eine breite Reflexion in der Öffentlichkeit war nicht zu erwarten. Das ist natürlich eine Vermutung, die sich kaum verifizieren lässt, aber allein die recht geringe Zahl der Veröffentlichungen und eine kaum spürbare Debatte darum lässt diesen Schluss zu. Dennoch darf der Wert dieser Beiträge und deren inhaltliche Verlaufstendenz nicht unterschätzt werden.

Inhaltlich schlagen die Beiträge von 1950 bis 1989 einen Bogen von der Debatte um Berlin als zu sichernder „Reichshauptstadt“ (Balg 1950: 155) bis zu einem ersten Beitrag eines DDR-Autors – vor dem politischen Umbruch

1989/1990 – zum Stand der Territorialplanung als würdigem Sachbericht (Bräuniger 1989). Ob damit ein signifikanter ‚Sinneswandel‘ der Zeitschrift verbunden ist, kann allein aus dieser Sicht der Beiträge nicht abschließend beurteilt werden, doch ist darin schon eine gewisse Wandlung erkennbar – auch analog der allgemeinen Wahrnehmung der DDR durch z. B. die Entspannungspolitik. Dies ist umso bemerkenswerter, als im Zuge der Abwicklung der DDR-Territorialplanung ab 1990/1991 deren Leistungen gewürdigt werden, wie im letzten Kapitel des vorliegenden Beitrages umrissen wird.

Der begriffliche Wandel in der Bezeichnung des Gebietes, um das sich die Beiträge bemühen, reicht von der „Sowjetischen Zone“ über die „DDR“ in Anführungszeichen zur DDR ohne diese Relativierung und ist signifikanter Ausdruck dieser Tendenz, die auch mit einem gesellschaftlichen Akzeptanzvorgang einhergeht (vgl. zum Sprachgebrauch Seiler Brylla 2019).

Thematisch können die Beiträge in den einzelnen Perioden grob folgendermaßen zugeordnet werden: In der ersten Periode (1950 bis 1954) steht die Frage der Planung für Berlin im Mittelpunkt. Es handelt sich dabei nicht unbedingt um ein raumordnerisches Thema, eher um stadtregionale Planung. Dennoch gewinnt die Diskussion um Berlin und deren Stellung als zukünftiger „Reichshauptstadt“ (Balg 1950: 155) einen enormen raumordnungspolitischen Stellenwert, was diese Akzentuierung begründet. In der zweiten Periode (1958 bis 1963) treten dann Fragen der Fluchtbewegung und der Umgang mit deren Folgen, vor allem aber die territoriale Neugliederung der DDR in Bezirke in den Mittelpunkt. Hinzu kommen übergreifende theoretische Betrachtungen unter dem Aspekt einzelner Themen (z. B. Stadtentwicklung, Landwirtschaft). Hier ist zunehmend eine erstaunliche Versachlichung des nach wie vor kritischen Diskussionstenors erkennbar, während in den ersten Beiträgen die Sprache des Kalten Krieges (die DDR wird als „sowjetische Besatzungszone“ (SBZ) bezeichnet) dominierte (z. B. Lehmann 1961a) und auch noch revan-chistische Töne anklangen, so etwa „Bevölkerungsvorgänge in den deutschen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung“ (Nellner 1960), setzt sich später allmählich der sachliche Ton durch. In der dritten Periode (1966 bis 1971) wird der Blickwinkel erweitert auf den RGW-Raum (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; Ostblock) sowie auf wirtschaftspolitische Fragen und deren Raumrelevanz. Die Boden- und Wohnungsfrage tritt hinzu. Dabei fällt auf, dass es Bezüge zu Entwicklungsfragen in Westdeutschland gibt. Eine Zunahme an Theorie- und Methodendiskussionen kann attestiert werden, die in der letzten Phase (1975 bis 1980) verstärkt wird. Damit endet im Wesentlichen die Reflexion auf die DDR-Territorialplanung in „Raumforschung und Raum-

ordnung“. Erst 1989 folgen neue Beiträge, die sich dann nach dem politischen Umbruch 1989/1990 vervielfachen.

Bei aller Verallgemeinerung: Es handelt sich um Einzelbeiträge, die zwar nicht gleichzusetzen sind mit grundsätzlichen disziplinären Verschiebungen, jedoch Anhaltspunkte liefern für eine Tendenzbetrachtung. Zugleich lassen sich Korrespondenzen aufzeigen zu disziplinären Entwicklungen in der Territorialplanung der DDR, jedoch zunächst diametral und dann später konvergierend. Darauf soll speziell eingegangen werden.

Bevor die einzelnen Beiträge erörtert werden, wird darauf hingewiesen, dass die Bandbreite der behandelten Themen und Fragestellungen keinem systematischen Behandeln der DDR-Entwicklungen folgt, sondern zunächst eher unmittelbaren Bezügen zu Anlässen wie aktuellen Veröffentlichungen oder politischen Entscheidungen mit Raumbezug. Ab der dritten Phase treten theoretische Diskussionen zur Raumentwicklung hervor, die davor vereinzelt auftraten und sich dabei auf das Thema Stadt bezogen. Bemerkenswert ist die dann beginnende Reflexion über die Entwicklung in der BRD, die den Zweck der Auseinandersetzung mit der DDR begründen soll, wobei sie tendenziell affirmativ argumentiert. Später wird dies nicht mehr hervorgehoben und weicht einer, so der Eindruck, Fachdebatte zwischen gleichberechtigten Institutionen, die zwar auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Kontexten wirken, aber ähnliche Probleme verfolgen.

3 Zur Entwicklung der Landes- bzw. Territorialplanung in der DDR

Der Aufbau von Institutionen zur Landesplanung begann in der „Sowjetisch besetzten Zone“ (SBZ) bzw. der frühen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) etwa parallel zu vergleichbaren Prozessen in der Bundesrepublik (BRD). Zunächst erfolgte ein schrittweiser Aufbau von Landesplanungseinrichtungen auf Geheiß der sowjetischen Verwaltungsbehörden und – vermutlich – getragen von Fachleuten, die nicht eng mit dem NS-Staat verbunden waren (Kegler 2015a: 146–147).¹ Hier liegt ein wesentlicher Gründungsunterschied zur BRD. Diese Gründungen hatten zunächst die Aufgabe, Grundlagen zu ermitteln für die Planung der Beseitigung von Kriegsfolgen und dann später für den Wiederaufbau der DDR. Dabei traten die neuen regionalen Industrieschwerpunkte (südöstliches Brandenburg, aber auch das Gebiet um Halle-Leipzig) in das Zentrum der Arbeiten (vgl. ausführlich Kanow 1986: 2–3; sowie Kegler

¹ Dieser Aspekt bedarf noch weiterer Forschung.

2015b: 319–323 und 326–329). Dieser Konstituierungsprozess der Landesplanung auf dem Gebiet der DDR findet in Artikeln in RuR keine Erwähnung. Erst mit der im Gefolge der Gebietsreform, das heißt der verwaltungstechnischen Neugliederung des Territoriums der DDR in Bezirke 1952 und die Modifikation der Landkreise um Mitte der 1950er-Jahre, setzt eine Diskussion zur übergreifenden Raumplanung der DDR in RuR ein. Dieser verwaltungstechnische Vorgang führte schließlich zur Änderung der Landesplanung und deren Umstrukturierung in bezirklich organisierte Territorialplanung, was bis Mitte der 1960er-Jahre abgeschlossen war (Schelhaas 2011: 172–177). Dieser Prozess war, wie Kanow (1986: 11) rückschauend konstatierte, ein fachpolitisch komplizierter und von vielen Auseinandersetzungen geprägter Vorgang der Modernisierung der räumlichen Entwicklung in der DDR. Hier trafen „Traditiona-listen“ auf „Modernisten“, die sich auf jeweilige Deutungen der Moderne der 1920er-Jahre (und dabei auch auf das Bauhaus) bezogen. Beredtes Beispiel ist die Auseinandersetzung um die Entwicklung von Schwedt, dem neuen Standort für die Petrochemie und Baustelle der neuen sozialistischen Stadt ab 1960 (Hain 2020: 46).

Die Landesplanung in der SBZ bzw. DDR war in den Anfangsjahren noch mit dem strukturellen Aufbau und inhaltlichen Findungsprozess beschäftigt, wobei sie an die Entwicklungen der Landesplanung vor 1933 anknüpfte – Ähnliches vollzog sich teilweise in der BRD (z. B. in Nordrhein-Westfalen).² In dieser Phase war Berlin kein expliziter Gegenstand der Landesplanung für die im Aufbau befindliche Brandenburger Planungsinstanz (Kegler 2015a: 146). RuR behandelte die Aufbauprozesse der Landesplanung in den Anfangsjahren der DDR nicht. Eine institutionalisierte Beziehung zwischen den Fachgremien der DDR und BRD kann (bislang) nicht nachgewiesen werden. Das mag auf den ersten Blick verwundern, gab es doch im Bereich von Städtebau und Architektur einen gewissen Austausch, wie am Beispiel von Architektenbiografien aufgezeigt werden konnte (Engler 2020: 191–192). Neben politischen Gründen, die eher vermutet als nachgewiesen werden können, dürften personelle Gründe maßgeblich gewesen sein. Im Gebiet der DDR hatte, so kann angenommen werden, ein weitgehender Personenaustausch in der Landesplanung stattgefunden. Von den Eliten vor 1945 waren kaum noch Akteure vorhanden, ohne dass gesagt werden kann, dass diese vollständig verschwunden waren, wie am Beispiel des Stadtarchitekten

von Halle aus den 1960er-Jahren, Felix Riehl, der von 1939 bis 1945 Stadtarchitekt von Dessau gewesen war, belegt werden kann. Es gab durchaus personelle Kontinuitäten, wenn- gleich in geringerem Maße als in der BRD (Kegler 1993: 65–67). Der Neuaufbau wurde von neuen Fachleuten bewerkstelligt, wie z. B. Hanns Lehmann oder Ernst Kanow (Kegler 2015a: 146). Die alten Eliten der Landesplanung bzw. Raumordnung waren entweder nach Westdeutschland gegangen oder wurden von der sowjetischen Militäradministration für den Aufbau der Landesplanung ausgeschlossen, was zumindest für Brandenburg gelten dürfte (Kanow 1986: 1).

Es war, so könnte zugespitzt formuliert werden, eine neue, moderne Elite der Landesplanung in der SBZ bzw. DDR im Entstehen begriffen. Sie wurde dann ab den 1960er-Jahren durch eine junge Generation von Planern erweitert, die in der DDR ausgebildet wurden. Ab Mitte der 1950er-Jahre fand eine Ausbildung zur technisch ausgerichteten Gebietsplanung in Cottbus statt, die dann an die Hochschule für Architektur und Bauwesen (HAB) nach Weimar verlegt wurde, wo in der 1969 neu gegründeten Sektion Gebietsplanung und Städtebau eine komplex angelegte räumlich-planerische Lehre stattfand (Hadasch/Kegler 2019; Hadasch 2020). Dies erfolgte parallel zum Aufbau der Raumplanungslehre an der Technischen Universität Dortmund. Es kann also von einem eigenständigen Entwicklungspfad zur Modernisierung der räumlichen Entwicklung in der DDR gesprochen werden, der zunehmend von eigenen, neuen Eliten getragen wurde. All dies findet in RuR keinen Niederschlag.

Erst gegen Ende der 1950er-Jahre finden sich Bezüge zur einsetzenden Modernisierung in der DDR. Die Reform der Verwaltungsstruktur ist beredter Ausdruck dessen. Sie bildete den logischen Schritt auf dem Wege zur ‚fordistischen‘ Raumorganisation des Landes, wodurch die Verwaltung, die Standortverteilung der Wirtschaft und die Siedlungsstrukturen in ein direktes Verhältnis gesetzt werden sollten, um somit eine koordinierte und gleichmäßige Entwicklung der Wirtschaft und der Lebensbereiche zu befördern. Dies ist ein nahezu einzigartiger Vorgang. Dieser wurde von RuR auch als solcher positiv konnotiert (Evers 1959) und als besser gegenüber der BRD eingestuft, deren Gebietsreform als halbherzig dargestellt wurde. Anders als Verlautbarungen nach 1990 war die Abschaffung der Länder 1952 nicht nur ein ideologischer Akt der Überwindung bürgerlicher Verwaltungsgrenzen (vgl. Werner/Kotsch/Engler 2017), sondern vorrangig ein wirtschaftspolitischer Ansatz zur umfassenden Rationalisierung der räumlichen Entwicklung. Damit lag die DDR ganz auf der Linie der Moderne der 1920er-Jahre. Diese umfassende Modernisierung der Verwaltung erfolgte jedoch nicht ohne Widersprüche, die auch in RuR aufgezeigt wurden (Lehmann

² In der Bundesrepublik bestimmten zumeist die Kräfte, die aus der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumordnung“ (RAG) der NS-Ära hervorgegangen waren, die eigentliche Debatte um die Neujustierung der Landesplanung bzw. Raumordnung (Kübler 2007: 299; Blotvogel 2011: 116).

1961a). Im Kern liegt dieser Widerspruch in der unbewältigten Diskrepanz zwischen (sektoraler) Wirtschaftsplanung und räumlicher Standortplanung (Territorialplanung). Dabei geriet die räumliche Dimension stets ins Hintertreffen und es dominierte die Wirtschaftsplanung, was zu Konflikten auf der räumlichen, aber auch auf der wirtschaftsstrukturellen Ebene führte. Dies wurde von RuR bezogen auf die Landwirtschaft, aber auch auf die Wirtschaftsplanung an sich fokussiert, kritisch erörtert (Lehmann 1961b).

Dieser Widerspruch konnte bis zum Ende der DDR nicht überwunden werden. Hier lagen eigentlich Korrespondenzen zur Entwicklung in der BRD vor, trotz gänzlich anders gearteter Wirtschaftssysteme. Die räumliche Planung hat tendenziell immer das Nachsehen gegenüber den Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft, egal, ob sie auf gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln besteht oder eine soziale Marktwirtschaft darstellt. Derartige Fragen deuten sich am Rande in „Raumforschung und Raumordnung“ (Werner 1978: 194) an, in der DDR werden sie, spät, nur indirekt angesprochen (Hönsch/Lavrov/Sdasjuk 1986: 137). Darin liegt möglicherweise die sich am Ende der 1980er abzeichnende Konvergenz in der Diskussion zur räumlichen Planung: Beide, die Territorialplanung der DDR und die Raumordnung der BRD, haben offenbar, wenngleich in unterschiedlichen Systemen angesiedelt, mit dieser gesellschaftlichen ‚Zurücksetzung‘ zu kämpfen.

Zusammenfassend lassen sich für die Entwicklung der überörtlichen Planung (Landesplanung bzw. Territorialplanung) in der DDR folgende Perioden attestieren, die als Bezugsrahmen für die Deutung des Wandels der Beiträge in RuR fungieren können (vgl. Lotzmann/Scherf 2005):

3.1 Neugründung/Initialphase der überörtlichen Planung – Ende der 1940er- bis Mitte der 1950er-Jahre

In der ersten Phase erfolgte der Aufbau einer Landesplanung in der SBZ bzw. der frühen DDR in Anknüpfung an die Landesplanung um 1930. Die Grundlage bildeten die neu geschaffenen Länder. Inhaltlich ging es um Fragen des Wiederaufbaus und erster Standortentscheidungen für die Industrie und den Wohnungsbau. Dabei spielte das Land Brandenburg eine besondere Rolle, da hier neue Industrieschwerpunkte entstehen sollten (Energiewirtschaft, Stahlindustrie).

3.2 Neuorientierung/Konstituierung der Territorialplanung – Ende der 1950er- bis Anfang der 1970er-Jahre

Diese Periode kann als die Zeit der eigentlichen Konstituierung der DDR angesehen werden. Nach dem Bau der Mauer

1961 wurde mit dem Neuen ökonomischen System des Sozialismus (NÖS) auch ein Experiment gestartet, das die starre zentrale Planwirtschaft durch Instrumente der Selbstregulation erweitern sollte. Es wurde damit begonnen, grundlegend neue räumliche Strukturen aufzubauen, die auch die ererbten Disproportionen in der räumlichen Standortverteilung auszugleichen sowie die externen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (z. B. Rohstofflieferungen) neu zu bestimmen versuchten. Gleichzeitig setzten Planung und Entwicklung einer modernen staatlich-fordistischen Gesellschaft auf der Basis vergesellschafteter Produktionsmittel ein. So entstanden auch die bezirkliche Struktur der Verwaltung und eine darauf bezogene territoriale Planung. Mit den wachsenden Anforderungen an die Vorbereitung neuer Entwicklungsschwerpunkte des Landes (Wirtschaftsstrukturen zum Ausgleich von Disparitäten, neue Städte, neue Infrastrukturen) wuchs der Bedarf an Fachleuten. Mit der Gründung der Sektion Gebietsplanung und Städtebau an der Hochschule für Architektur und Bauwesen (HAB) Weimar 1969 wurde eine eigenständige Ausbildung für den Beruf Territorialplaner geschaffen. Trotz vielversprechender Aufbrüche begannen Anspruch und Wirklichkeit auseinander zu driften. Das ideologische Korsett blieb eng geschnürt und die räumliche Planung blieb im Schlepptau der sektoralen Wirtschaftsplanung.

3.3 Widersprüchliche Etablierung – Anspruch und Agonie in den 1970er- und 1980er-Jahren

In den 1970er-Jahren entfaltete sich die Territorialplanung als wissenschaftliche Disziplin und als etablierte Institution in der Planungspraxis der DDR. Zugleich aber setzte mit dem Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nach dem VIII. Parteitag der SED eine Umorientierung der räumlichen Entwicklungspolitik ein, die gleichzeitig widersprüchlich war. Auf der einen Seite wurde die Neugründung von Wirtschaftsstandorten und der urbanen Zentren gedrosselt zugunsten eines forcierten extensiven Massenvohnungsbaus, der die aufgelaufenen Defizite in dieser Hinsicht kompensieren sollte. Parallel dazu begann um 1980 die Hinwendung zur sogenannten Intensiven Reproduktion, die den Neubau zugunsten von Erhaltung und Erneuerung stärken sollte. Dies bedeutete auch, dass die Methoden und Instrumente der Planung neu justiert werden mussten. Es entstand eine rege Debatte um diese Änderungen, die ihren Niederschlag in der Forschung und Praxis fanden. Zunehmend fanden soziologische und ökologische Themen Eingang in die Planung. Zudem kann eine Aufnahme internationaler, insbesondere auch westlicher Diskurse in die Fachdiskussion konstatiert werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der fachliche Austausch mit den östlichen Partnern

im Vordergrund stand, der jedoch hier nicht vertieft wird. Inzwischen aber zeigte sich eine voranschreitende voluntaristische ‚Planung‘ in der Wirtschaft, die zum einen die Grenzen des Staatsfordismus offenbarte und zugleich die abnehmende Lernfähigkeit der institutionellen Entscheidungsstrukturen manifestierte. Der vermehrten ‚Kurzatmigkeit‘ in der Wirtschafts- und Städtebaupolitik stand der qualifizierte Anspruch der Planungsdisziplinen gegenüber, langfristige Kursänderungen in der räumlichen Entwicklungspolitik anzugehen. Diese Lücke wurde permanent größer.

Diese übergreifende Periodisierung der Entwicklung der Territorialplanung findet nur eine lückenhafte Entsprechung bei den Fachbeiträgen in „Raumforschung und Raumordnung“, korrespondiert aber tendenziell mit jenen allgemeinen Veränderungen, wenngleich in spezifischer Ausprägung. Deswegen erscheinen die Perioden der RuR-Beiträge nicht aufeinander folgend.

4 Vier grundlegende Bücher zur räumlichen Planung in der DDR

Um den Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussionen zur Territorialplanung in der DDR in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ besser einschätzen und zugleich zeitlich verorten zu können, ist es unumgänglich, dies am Beispiel wichtiger Fachbücher zu dieser Thematik aus der DDR zu spiegeln. Die nachfolgend vorgestellten Publikationen bieten in dieser Hinsicht die weitreichendsten Darstellungen. Dabei wird deutlich, dass es eine zeitliche Diskrepanz zwischen der Fülle der Beiträge in RuR und dem Erscheinen dieser Bücher gibt. Damit sollen auch die deutsch-deutschen Diskursebenen der Fachentwicklung aufgezeigt werden.

Die vier hier thematisierten Publikationen unterstreichen als fachliche Schlüsselpublikationen der DDR stellvertretend den Diskurs zur Raumthematik, wie er sich in RuR abbildet. Darin können, jeweils unterschiedlich konnotiert, Versuche ausgemacht werden, die räumliche und die ökonomische Dimension der Planung zusammenzuführen. Es handelt sich um Publikationen der 1970er-Jahre, die signifikant für die Raumdebatten in der DDR und in Bezug auf die westlichen Konzeptionen zur räumlichen Planung sind. Diese Veröffentlichungen zeigen auch den frühen Versuch eines spezifischen *spatial turn*, um „Koexistenzbeziehungen von Raumvorstellungen“ (Rau 2013: 11) auszumachen und ganzheitliche Vorstellungen für die Praxis der räumlichen Entwicklung auszuloten – mit geringem Erfolg, wie wir heute wissen.

Für die Modernisierungsphase der DDR (Ende der 1950er bis Anfang der 1970er-Jahre) kann die Reflexion der „Industriegesellschaftstheorie im Städtebau“ (Flierl

1973) dienen. Bruno Flierl, der namhafteste Architektur- und Stadttheoretiker der DDR, der zudem nicht zum Kreis der Apologeten zählte, legte Anfang der 1970er-Jahre die Arbeit als Dissertation vor, aus der dann Auszüge in der Buchreihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“ 1973 erschien. Dieses Buch reflektiert den wissenschaftlichen Geist der 1960er-Jahre mit systemtheoretischem Gestus, der aber um 1970 bereits auf Kritik der DDR-Oberen stieß (Flierl 2017: 37). Dennoch konnte der Text veröffentlicht werden und zählt zu Marksteinen der Theorie zu Raum und Gesellschaft in der DDR.

Das zweite Buch erschien in der ersten Auflage 1976 und stellt das erste Handbuch der Territorialplanung der DDR dar (Bönisch/Mohs/Ostwald 1976). Es wurden drei, dann überarbeitete Auflagen verlegt, zuletzt 1982. In diesem unmittelbar für die Planungspraxis, aber auch für die Lehre gedachten Buch findet sich die Behandlung westlicher („bürgerlicher“) Planungskonzeptionen nahezu nicht wieder. Außer gelegentlichen ideologischen Abgrenzungen gibt es keine Darstellung räumlicher Entwicklungstheorien. Unter der Annahme, dass diese „bürgerlichen“ Konzeptionen unisono den Verwertungsinteressen des Monopolkapitals und deren räumlicher Entsprechung dienten (was nicht grundsätzlich falsch ist), bedürfte es keiner weiteren Beschäftigung damit (Bönisch/Mohs/Ostwald 1982: 1, 20, 98).

Das von der Bauakademie der DDR 1979 herausgegebene Handbuch „Städtebau“ kann als das wichtigste Kompendium für die Planung von Städten in der DDR angesehen werden, das je in der DDR erschienen war (Lammert 1979). Es beinhaltet alle Ebenen der räumlichen Planung, zeigt Beispiele und enthält eine umfassende Darstellung von Planungsgrundlagen. Dazu zählen auch die Territorialplanungen – die Abschnitte 3 „Territoriale Bedingungen für die Stadtentwicklung“, 4 „Stadt und ihr Umland“ sowie 10 „Dörfer und ländliche Siedlungszentren“. Insbesondere im Abschnitt 3 wird der *Status quo* der territorialen Entwicklung der DDR umrissen und als ein im Sinne der intensiven Entwicklung zu betrachtender Gegenstand formuliert (Lammert 1979: 62). Es geht nicht mehr um eine Neuordnung des DDR-Territoriums, sondern um dessen spezifische Weiterentwicklung im Sinne einer qualitativen Verbesserung von Lebensbedingungen und wirtschaftlicher Prosperität unter Wahrung naturräumlicher Eigenschaften und der landschaftlichen Gegebenheiten. Dabei spielt das System der „Siedlungskategorien“ eine zentrale Rolle (Lammert 1979: 60), die Bildung von „Gemeindeverbänden“ wird als Weg zur besseren Kooperation und rationalen Verwendung von Ressourcen betont. Der Paradigmenwechsel zum Bestand war vollzogen – ohne kritische Reflexion bisheriger Positionen. Von zentraler Bedeutung ist die Suche nach Stabilisierungsmaßnahmen für die Aufrechterhaltung des bestehenden Siedlungssystems, insbesondere der kleine-

ren Orte, deren Bedeutung hoch eingeschätzt wird: „Dafür sind die Wohnbedingungen und die technische Infrastruktur grundlegend zu verbessern“ (Lammert 1979: 62). Dies sollte verhindern, dass es zu einer Abwanderung aus diesen Gebieten kommt – was letztlich aber kaum verhindert werden konnte (Lammert 1979: 62). Zugleich sollten damit die Unterschiede zwischen Stadt und Land vermindert werden, jedoch nicht mehr durch Urbanisierung der Dörfer, sondern durch Qualifizierung ihrer vorhandenen Situationen. Dies kann nicht nur als Tribut an reale Entwicklungsmöglichkeiten gedeutet werden. Es handelt sich um eine programmatische Aussage zur Sicherung eines stabilen Siedlungssystems.

Ohne auf die Gemeindereformen in der BRD einzugehen, vollziehen sich offenbar parallele Entwicklungen. Im Literaturindex finden sich in diesem Schlüsselwerk der DDR-Planung keine Hinweise auf Beiträge in RuR. Es werden lediglich vier westliche Beiträge zitiert: Jacobs (1963), Hoffmann, Repenthin und Flotho (1966), Kratzer (1956) und Geiger (1950) – keine westliche Literatur zur Raumordnung.

Gänzlich anders – und eher anknüpfend an die Publikation von Flierl (1973) – wird in dem 1986 erschienenen Buch „Bürgerliche Konzeptionen der regionalen Entwicklung“ (Hönsch/Lavrov/Sdasjuk 1986) sehr ausführlich das gesamte Thema der Raumplanung außerhalb der sozialistischen Länder behandelt. Zwar werden die grundsätzlichen Kritiken daran, meist ideologisch konnotiert, jeweils eingebracht, aber eher knappgehalten. Dagegen stehen ausführliche Beschreibungen, die den Schluss nahelegen, dass sich die Leserschaft ausgiebig mit diesen beschäftigen möge. Es stellt einen umfassenden Abriss aller wesentlichen Konzepte der Raumplanung seit Thünen dar und geht auch auf die Raumordnung der Bundesrepublik ein. Dabei werden jedoch keine Beiträge aus RuR rezipiert. Demgegenüber dienen die „Informationen zur Raumentwicklung“ – das „Konkurrenzblatt“ zur RuR – als Quelle (Hönsch/Lavrov/Sdasjuk 1986: 143).

In diesem letztgenannten Buch wird die gesamte westliche („bürgerliche“) Raumordnungstheorie ausführlich beschrieben und bewertet. Es stellt einen Meilenstein in der Aufarbeitung der theoretischen Grundlagen der Raumordnung für die DDR dar, wenngleich alle Theorien auch aus ideologischer Perspektive kritisch begutachtet werden. Durch die ausführlichen Darlegungen der theoretischen und methodologischen Inhalte wurde der Fachleserschaft in der DDR eine umfassende Übersicht der internationalen Entwicklungen geliefert.

RuR wurde in den Schlüsselwerken nicht rezipiert – es fand also kein Diskurs statt. Lediglich ein spärlicher Bezug zu Aufsätzen in der westdeutschen Zeitschrift „Informationen zur Raumentwicklung“ kann konstatiert werden. Eine

Rezeption in anderen Publikationsorganen wurde nicht vorgenommen. Sie hätte überdies, wenn sie denn konstatiert werden könnte, gegenüber den genannten Büchern eine untergeordnete Bedeutung für die breite öffentliche Fachdebatte in der DDR gehabt.

5 Schlüsselbeiträge zum Thema DDR in „Raumforschung und Raumordnung“

Die Auswahl der Artikel in „Raumforschung und Raumordnung“ erfolgt zunächst entlang ihrer Stellung in der Zeitschrift, das heißt, es werden nur die Artikel aus den Rubriken „Aufsätze“ und „Berichte“, also die ausführlichen Darlegungen zu Planungssachverhalten mit explizitem DDR-Bezug betrachtet. Die Kategorien „Umschau“, „Gesetzgebung“ und „Buchbesprechungen“ werden nicht einbezogen, weil dies zum einen den Umfang des vorliegenden Beitrags sprengen würde, zum anderen weil der vorliegende Beitrag auf Grundlinien der Reflexion von Entwicklungen in der DDR-Territorialplanung zielt. Von den 27 Artikeln wurden 22 näher untersucht und diejenigen, die nur periphere oder singuläre Spezialthemen behandelten, ausgelassen.

Nachfolgend werden die ausgewählten Artikel kurz charakterisiert und hinsichtlich ihrer raumrelevanten Aussagen für die Auseinandersetzung mit der DDR-Entwicklung umrissen. Eine umfassende Rezeption von DDR-Entwicklungen lässt sich jedoch nicht vollkommen aus den Beiträgen in RuR ableiten. Es kann nur eine Tendenz ausgemacht werden, die den Wandel von RuR als Institution der Raumordnungsdisziplin in der BRD über die vier-Jahrzehnte markiert, ohne jedoch dafür allein maßgeblich und ausschließlich repräsentativ zu sein. Zudem machen die Beiträge über die DDR-Planung nur einen geringen Anteil aller Artikel aus. Die Grundlage der Auswahl bildet die fünfgliedrige Periodisierung der Beiträge (vgl. Kapitel 2). Die einzelnen Perioden enthalten unterschiedlich viele Beiträge, die zudem inhaltlich differenziert zu bewerten sind, weswegen es zu quantitativ verschiedenen Gewichtungen kommt. Bei der Auswahl der einzelnen Artikel wird der Schwerpunkt eher auf theoretisch-methodische Reflexionen zur DDR-Territorialplanung gegenüber vornehmlich deskriptiven Abhandlungen gelegt.

5.1 1950 bis 1954 (I)

Ausgewählte Beiträge:

Balg, J. (1950): Die Großsiedlung Berlin sucht ihren Städtebauer. In: *Raumforschung und Raumordnung* 10, 3, 155–157.

Grenzer, R. (1953): Die Flucht aus der sowjetischen Besatzungszone. In: *Raumforschung und Raumordnung* 11, 3/4, 172–178.

Conrady, H. W. (1954): Die Förderung der Landkreise im Zonenrandgebiet der Bundesrepublik. In: *Raumforschung und Raumordnung* 12, 1, 23–28.

Isbary, G. (1954): Regionale Entwicklungsplanung – die wiederentdeckte Regionalplanung in der Sowjetzone. In: *Raumforschung und Raumordnung* 12, 1, 45–46.

Es ist sicher kein Zufall, dass im Zentrum des ersten Beitrages über die DDR die Auseinandersetzung um Berlin stand (Balg 1950). Nur wenige Jahre nach der Berlin-Blockade und kurz nach der Gründung zweier deutscher Staaten trat die Frage nach einer zukünftigen Rolle der ehemaligen Reichshauptstadt in den Vordergrund. Die politische Motivation obsiegte. Eine fachliche Notwendigkeit der Diskussion um die Großstadt Berlin kann aus westdeutscher Sicht eher nachrangige Bedeutung gehabt haben, standen doch die zerstörten Großstädte, Flüchtlingsfragen, die Probleme mit der noch immer beeinträchtigten Infrastruktur eher im Vordergrund einer auch raumordnerischen Diskussion (von Hinüber 2005: 386). Doch RuR griff gerade die Berlin-Frage als Thema einer Diskussion zur DDR, die als SBZ bezeichnet wurde (Grenzer 1953: 172), offensiv auf.

Der Anlass für den Beitrag von Balg (1950 ist die Ausschreibung einer Stelle eines „Stadtbaudirektors“ für Berlin, für die „designierte Reichshauptstadt“ (sic!) (Balg 1950: 155). Die Bedeutung dieser Stelle wird in den Zusammenhang mit der „künftigen Hauptstadt Deutschlands“ gesehen und vor einem „Abbruch der Brücke Berlin“ gewarnt (Balg 1950: 156). Ohne an dieser Stelle auf die inhaltliche Argumentation näher eingehen zu können, wird die weltgeschichtliche Bedeutung Berlins als „Übergroßstadt“ in das Zentrum gerückt und die Zukunft Berlins als „Schöpfungsakt“ beschworen (Balg 1950: 156). Als „künftiger Hauptstadt Deutschlands“ (Balg 1950: 157) wird die zu schaffende Funktion als Groß- und Weltstadt als Maßgabe für die neue Position vorgegeben. Der Umstand, dass Berlin geteilt ist und im Osten die Hauptstadt der DDR liegt, findet keine Erwähnung. Die Ausführungen mögen als ein Vorgriff auf die 40 Jahre später geführte Diskussion um die Hauptstadt des dann geeinten Deutschlands anmuten, zunächst aber ein Reflex auf die vergangene Reichshauptstadt-Herrlichkeit sein.

Fast unbemerkt erscheint in dem ersten Heft des Jahrgangs 1954 ein Literaturbeitrag, der eine Reflexion auf die Regionalplanung in der DDR („Sowjetzone“) vermittelt, die dann erst viel später in den 1980er-Jahren typisch wird (Isbary 1954). Isbary referiert einen Artikel von Küttner (1953), der an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar lehrt. In diesem Artikel entdeckt Isbary

sehr viele Bezugsmomente zwischen der Planung in der Bundesrepublik und dem räumlichen Planungsverständnis in der DDR. Er geht sogar noch weiter und sieht Momente in der Regionalplanung in der Sowjetzone, von denen der Westen lernen könnte. Dies bezieht er beispielsweise auf die Standards der Planung für neue Städte (Isbary 1954: 46). Gleiches gilt für die Relationen zwischen wirtschaftlicher Standortplanung, Städtebau und regionaler Planung, die zum Ausgleich räumlicher Entwicklungsunterschiede wirken soll (Isbary 1954: 45). Zugleich zitiert Isbary (1954: 46) aus einem Artikel, der in den „Informationen“ des Instituts für Raumforschung in Bonn unter der Überschrift „Der Regionalplan in der sowjetischen Besatzungszone – ‚Der Zwickauer Plan‘“ erschienen ist, den er wohlwollend beurteilt. Insgesamt kann Isbarys Beitrag als Indiz dafür gewertet werden, dass das Planungswissen, das im Grunde aus der Ende der 1920er-Jahren entwickelten Landesplanung stammt, in der DDR weitergeführt wurde – zumindest im akademischen Bereich. Küttner (1953) spricht nicht von Raumordnung, sondern von Regionalplanung, welche nicht zum Sprachgebrauch der NS-Zeit gehörte (Kegler 2015a: 61, 124). Es war das Bestreben, dieses Wissen mit den Versuchen einer gesamtgesellschaftlichen Ausgleichsteuerung der Wirtschaft zu verknüpfen.

Einen umfassenden Bezug zum Gebiet der DDR stellt Grenzer (1953) her, indem er ein eher raumordnerisch relevantes Thema aufruft: „Die Flucht aus der sowjetischen Besatzungszone“ als demographisches Problem der Notaufnahme und räumlichen Verteilung im Gebiet der Bundesrepublik. Neben einer Erörterung der Aufnahmeverfahren wird der Quantität der Fluchtbewegung – bis 1953 etwa eine Million Menschen – in einem sachlichen Berichtston nachgegangen. Angereichert durch tabellarische Übersichten, Darstellungen unterschiedlicher Flüchtlingskategorien und Zulassungsverfahren wird wirtschaftsstrukturellen Fragen der Migration breiten Raum gegeben. So werden die beruflichen Qualifikationen der Flüchtlinge aus der „sowjetischen Besatzungszone“ eingehend diskutiert (Grenzer 1953: 175–177). Dabei dominierten Berufe im industriellen und handwerklichen Sektor (zumeist Selbstständige), gefolgt von Landwirtschaft und Handel (Grenzer 1953: 177). Die Wanderung als Konsequenz der „politischen Maßnahmen“ in der sowjetischen Besatzungszone (Grenzer 1953: 178) wird konstatiert und es wird für eine sachliche Diskussion über die Eingliederung in der BRD plädiert. Eine Änderung dieses Prozesses wird nicht gefordert, eine Ableitung von Konsequenzen für die sowjetische Besatzungszone steht nicht zur Debatte.

Ein letzter Beitrag aus dieser ersten Periode nimmt sich ebenfalls die Konsequenzen der deutschen Teilung für die BRD vor, die Entstehung der „Zonenrandgebiete“ und deren wirtschaftspolitische Förderung (Conrady 1954: 23).

Hier wird ein deutlich politischerer Akzent gesetzt. Mit der Bildung der Demarkationslinien zwischen den Besatzungssektoren auf sowjetischer und westlicher Seite wird das „Reichsgebiet“ (Conrady 1954: 23) zerschnitten und es entstehen jene Randgebiete zur östlichen Zone. Diese sind in mehrfacher Hinsicht benachteiligt, da traditionelle Wirtschaftsgebiete getrennt worden sind (Conrady 1954: 23). Die sich aus der 1952 vollzogenen Trennung der DDR von den westlichen Wirtschaftsräumen ergebenden Nachteile für die sowjetische Zone durch Kappung von Wirtschaftsabläufen wird bedauernd zur Kenntnis genommen (Conrady 1954: 23). Erstmals taucht der Begriff des „Eisernen Vorhangs“ in der Zeitschrift auf (Conrady 1954: 23). Am Beispiel Helmstedt, einem Braunkohlefördergebiet, wird diese Situation illustriert. So war es erforderlich, „gegen jede ökonomische Vernunft“, neue Wirtschaftsbeziehungen zu Westdeutschland aufzubauen. Zugleich erwiesen sich diese Gebiete als benachteiligte Areale, die es besonders zu fördern gelte (Conrady 1954: 25). Neben der wirtschaftlichen Notwendigkeit zur Entwicklung dieser Gebiete, kommt einer Zonenrandförderung aber noch eine politische Aufgabe hinzu: Die Maßnahmen sollten „der angrenzenden Bevölkerung Mitteldeutschlands (sic!) einen ermutigenden Einblick in die westdeutschen Wiederaufbauleistungen“ geben und „im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands durch seine Wirtschaftskraft befruchtend und belebend auf Mittel- und Ostdeutschland (sic!) zu wirken“ (Conrady 1954: 25). Es handele sich um ein „staatspolitisches Problem ersten Ranges“ (Conrady 1954: 25).

5.2 1958 bis 1963 (II)

Ausgewählte Beiträge:

Dittrich, E. (1958a): Anmerkungen zu einer marxistischen Theorie der Städtebildung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 16, 1, 10–14.

Dittrich, E. (1958b): Stalinstadt – fortschrittliche Städteplanung? In: *Raumforschung und Raumordnung* 16, 2, 102–103.

Evers, H. (1959): Verwaltungsgliederung im Bundesgebiet und in der SBZ. In: *Raumforschung und Raumordnung* 17, 1, 33–39.

Storbeck, D. (1959): Die regionalen Tendenzen der industriellen Entwicklung in der SBZ im Siebenjahrplan 1959–1965. In: *Raumforschung und Raumordnung* 17, 4, 205–215.

Nellner, W. (1960): Bevölkerungsvorgänge in den deutschen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 18, 1, 39–41.

Lehmann, H. (1961a): Die Veränderung der Verwaltungsstruktur – insbesondere der Gemeindegrenzen – in der sowjetischen Besatzungszone von 1946 bis 1961. In: *Raumforschung und Raumordnung* 19, 4, 193–200.

Lehmann, H. (1961b): Standortverteilung der landwirtschaftlichen Produktion in der SBZ. In: *Raumforschung und Raumordnung* 19, 4, 162–164.

Die zweite Phase in der Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der DDR, noch wird von der „sowjetisch besetzten Zone“ gesprochen (Dittrich 1958a: 10), wird durch einen theoretischen Beitrag von Erich Dittrich, Direktor des Instituts für Raumforschung in Bonn-Bad Godesberg (Kübler 2007: 317–319), eingeleitet. Dieser Artikel markiert ei-

ne Trendwende. Zum ersten Mal wird als Gesamtschau der in der DDR sich vollziehenden Veränderungen im Bereich der räumlichen Planung Bezug genommen. Er schildert ausführlich die Anfänge und Transformationen im Bereich der räumlichen Planung (Stadt- und Landesplanung). Er konstatiert dabei, dass es zunächst ein schnelles „in Gang“ kommen der Landesplanung im Osten gab, schneller als im Westen (Dittrich 1958a: 10), dann, ab etwa 1950, ein in den Hintergrunddrängen vermutet wird. In jüngster Zeit sei aber so etwas wie ein Wiedererstarken der Landesplanung festzustellen (Dittrich 1958a: 10). Dabei wird nicht anonym von Institutionen gesprochen, sondern sehr dezidiert das Wirken von zwei Protagonisten ins Zentrum gerückt: Ludwig Küttner in Weimar und Gerhard Schmidt-Renner in Berlin, zwei Schlüsselpersonen aus dieser Zeit. Anlass zu dieser kritischen Würdigung sind Veröffentlichungen beider aus den Jahren 1957 und 1958. Auffallend ist der Versuch, zu vergleichen zwischen ‚östlicher‘ und ‚westlicher‘ Auffassung. So wird Stadtplanung als Teil der Volkswirtschaftsplanung in der DDR betrachtet, ganz im Gegensatz zur westlichen Haltung, wonach der Mensch und dessen „Individualität und mit ihren Rechten und Eigenständigkeiten“ (Dittrich 1958a: 10) im Zentrum stehen. Im Osten wird Bezug auf Karl Marx genommen, was eine Unterscheidung zwischen Stadtplanung und Städtebau erklärt, was übrigens auch, so der Autor, außerhalb des „östlichen Bereichs“ so gesehen wird. Die daran anschließende Frage von Dittrich (1958a: 10) lautet, warum, wenn schon Karl Marx auf die Bedeutung der Stadtplanung (respektive Landesplanung) verwiesen habe, diese Dimension der Planung in den Jahren seit etwa 1950 in den Hintergrund gedrängt worden war. Der Autor greift dann kritische Diskussionen in der DDR-Fachliteratur auf, um dieses Paradox zu erhellen. Er betont das vermehrte Auftauchen des Begriffs der „Dezentralisierung“, die offenbar ein Schlüssel zur Erklärung der offenkundigen Defizite darstellt, also Dezentralisierung der räumlichen Planung versus Zentralismus der Volkswirtschaftsplanung (Dittrich 1958a: 11). Darüber hinaus beklagt er, DDR-Autoren zitierend, die „Inselplanung“ im Städtebau, die eine übergreifende Einbindung in landesplanerische Ordnungen vermissen lässt. Das bedeutet, der „Stadt-Umland-Planung“ größere Aufmerksamkeit zu schenken (Dittrich 1958a: 12). Die Haupttrichtung der Kritik des Autors an der DDR-Planungstheorie ist jedoch deren Bezug auf die „Klassentheorie“ und die ökonomische Bedingtheit von Stadtentwicklung in der Klassengesellschaft, was er als abwegig ansieht (Dittrich 1958a: 12). Hieran knüpft eine vom Autor entwickelte Polemik an. Er bekennt, dass es im Westen durchaus Probleme mit der Landesentwicklung gibt, sonst gäbe es ja keine Planung. Deren Aufgabe bestehe darin, „freiheitliche Prinzipien“ zu wahren und Einseitigkeiten der Entwicklung zu dämpfen. Die zentrale Kategorie seiner Argumentation

ist die der Freiheit. Damit überführt er die östlichen Autoren: Sie verbannten diese Kategorie in die „vorsozialistische“ Zeit. Die Polemik bezieht sich hauptsächlich auf die Ausführungen von Schmidt-Renner, dem er, bei aller Fehlleistung, „einige interessante Bemerkungen“ abgewinnen kann (Dittrich 1958a: 13): die Annäherung westlichen und östlichen Denkens in Gestalt der Begriffe „territoriales System einer Gesellschaft“ und „Raumordnung“, worin die Städte eingebunden sind und eine gesellschaftliche Funktion erfüllen (Dittrich 1958a: 14). Die darin verborgenen Anklänge von Systemtheorie und Kybernetik, die dann eine wichtige Säule des um 1960 vorbereiteten ‚Neuen ökonomischen Systems‘ (NÖS) der Leitung und Planung“ (Lotzmann/Scherf 2005: 1158) in der Modernisierungsphase der DDR bildeten, blieben dem Autor verborgen. Es deutete sich hier ein neuer Typ von Raumordnung an, der es verdient gehabt hätte, tiefer ausgelotet zu werden – gerade im Sinne der Selbstreflexion der westdeutschen Raumplanung.

Schließlich gelangt Dittrich (1958a: 14) zum Grund für seine Analyse des östlichen Planungsdenkens: „Es mag zum Schluss die Frage auftauchen, ob eine Beschäftigung mit den kommunistischen Theoremen aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands überhaupt nötig sei. Für die Praxis von Landes- und Stadtplanung in der Bundesrepublik springe doch nichts heraus“. Als wesentlichen Grund führt der Autor einen eigennützigen an: „bei den Auseinandersetzungen über das Leitbild der Raumordnung in der Bundesrepublik sich die ganz andere Vorstellungswelt der kommunistischen Raumplanung zu vergegenwärtigen, um die Eigenheit der ‚westlichen‘ Denkweise umso schärfer zu profilieren und gründlicher zu fundamentieren“ (Dittrich 1958a: 14). Die Diktion dieses Beitrages setzt der Autor dann in einem Beitrag über Stalinstadt fort, in welcher eine radikale Kritik an der DDR-Stadtplanung vorgenommen wird (Dittrich 1958b).

Gänzlich anders und inhaltlich für die Raumplanung wesentlich sind zwei fast programmatische Artikel, die sich mit der Verwaltungsgliederung im Ost-West-Vergleich sowie der regionalen Industrieentwicklung in der SBZ im begonnenen Sieben-Jahr-Plan befassen. Diese beiden Beiträge ragen insofern heraus, als sie eine fachliche Auseinandersetzung mit Entwicklungen in der DDR auf einer bemerkenswert sachlichen Ebene betreiben und die Strukturen in der BRD in eine kritische Debatte einbeziehen.

In dieser Hinsicht ist der Artikel „Verwaltungsgliederung im Bundesgebiet und in der SBZ“ (Evers 1959) in einem mittelbaren Kontext zu den Ausführungen von Dittrich zur räumlichen Planung und dem (verborgenen) Systembezug zu sehen. In den Ausführungen von Evers erscheint die Neugliederung des DDR-Territoriums mit den Bezirken und der Auflösung der Länder sowie einer teilweisen Neufassung der Landkreise als sinnvolle Entscheidung. Dies mag

verwundern, wurde doch gerade nach dem politischen Umbruch 1989/1990 die Auflösung der Länder als ideologischer Gewaltakt machtpolitischer Art gebrandmarkt.³ Anders argumentiert Evers: Er sieht besonders im Vergleich zur BRD die Neugliederung in der DDR als „ökonomisch günstiger als im Westen“ an (Evers 1959: 33). Die neuen Größeneinheiten passten besser zur ökonomischen Entwicklung, während die westdeutsche Verwaltungsstruktur ungünstig und insofern unausgewogener sei (Evers 1959: 34, 37). Dies untersetzt der Autor mit statistischen Vergleichen, die er auf Kreisebene auch exemplifiziert. Diese territoriale Neugliederung kann als eine systemische Verknüpfung von Dezentralisierung und Zentralisierung in der Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung gedeutet werden und so offenbar eine moderne (fordistische) Wirtschaftsentwicklung ermöglichen. Die Verwaltungsgliederung war natürlich nicht gänzlich unabhängig von historischen Gegebenheiten und schrieb die ererbten Disproportionen (Nord-Süd-Gefälle) fort. Den Veränderungen in der Grenzziehung der Verwaltungseinheiten in der DDR geht in einem Längsschnitt Lehmann (1961a) nach. Er zeichnet, den Beitrag von Evers (1959) quasi erweiternd, die Veränderungen in der Gebietsstruktur seit 1946 nach. Dabei geht er über die deutschen Grenzen hinaus und bezieht den „Ostblock“ mit ein. Hier systematisiert er die „Großraumwirtschaft“ (Lehmann 1961a: 196) – er führt diesen Begriff aus den 1930er-Jahren wieder ein – und stellt einen Übergang zu einer gewissen „Dezentralisierung“ fest (Lehmann 1961a: 194).

Demnach hätte die Neugliederung neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen können (was teilweise auch geschah), wenn nicht die Dominanz der sektoralen Wirtschaftsplanung dieses – nach kybernetischen Prinzipien angedachte System – unterlaufen hätte. Zugleich kollidierte diese Reform mit jenen Disproportionen, die die Wirtschaftsstruktur und die räumliche Verteilung betrafen, wie sie nach der deutschen Teilung entstanden waren. Diesem Konfliktfeld widmen sich unter anderem die Artikel von Dietrich Storbeck „Die regionalen Tendenzen der industriellen Entwicklung in der SBZ im Siebenjahrplan 1959-1965“ (Storbeck 1959) sowie, dann bezogen auf die Landwirtschaft, der Beitrag von Helmut Lehmann (1961b).

Storbeck (1959: 206–207) konstatiert die wesentlichen Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur der DDR seit 1945 und periodisiert diese grob. So ging es zunächst um den Wiederaufbau und dann um erste Neuausrichtungen, die vor allem den Aufbau des Uranbergbaus – unter sowjetischer Führung – sowie den Werftausbau betrafen. Dazu kamen die Erschließung neuer Standorte im östlichen

³ <https://www.mdr.de/zeitreise/stoeborn/damals/artikel98820.html> (07.04.2021).

Teil der DDR, so der Aufbau der Eisenverarbeitung mit der Gründung von StalinStadt. Dies betraf den zweiten Fünfjahrplan. Nun, im Siebenjahrplan, steht eine „sozialistische Rekonstruktion“ auf der Tagesordnung, die bis 1965 westdeutsches Niveau in der Wirtschaft erreichbar werden lassen soll. Dabei wird der Schwerpunkt auf die neuen Industrien im Energie- und Chemiesektor gesetzt (Storbeck 1959: 213). So systematisch dies klingt, es sei aber letztlich kein räumliches Ordnungssystem erkennbar, das über die Kompensation von Disproportionen hinausgeht (Storbeck 1959: 214). Eine räumliche Planung sei, jenseits der Wirtschaftsplanung, kaum erkennbar (Storbeck 1959: 215). Dennoch stieg der Bedarf an räumlicher Planung für die neuen Industrien. Das Defizit an planerischem Vorlauf, an Planungskapazitäten und Fachleuten wurde offenbar.

Ähnlich kritisiert Lehmann (1961b) die räumliche Planung, die mit den wirtschaftspolitischen Setzungen kollidiert, am Beispiel einer Veröffentlichung von Erich Rübensam von der „Akademie der Landwirtschaftswissenschaften“. Besagte Publikation widmet sich einer Falluntersuchung, an der jedoch das Dilemma der gebietlichen Neugliederung und der Wirtschaftsbeziehungen der landwirtschaftlichen Produktion deutlich wurde. Dieses Dilemma versucht Rübensam zu klären: Durch die Einführung von „Produktionszonen“ sollte der Widerspruch zwischen Verwaltungsgliederung und Wirtschaftsbeziehungen aufgelöst werden. Dies kritisiert Lehmann und wird von ihm als „gescheitert“ eingeschätzt (Lehmann 1961b: 164).

In diese Periode fällt aber auch ein Beitrag, der eigentlich zu dem hier skizzierten Duktus einer kritischen, aber konstruktiven Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der DDR zu passen scheint. Nellner (1960) betrachtet die „Bevölkerungsvorgänge in den deutschen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung“, was der seinerzeitigen Lesart der Bundesregierung entsprach. Der Geist des Kalten Krieges ist nicht verschwunden und die merkwürdig erscheinenden Begrifflichkeiten, die dem revanchistischen Lager zuzuordnen wären, brechen sich hier noch Bahn.

5.3 1966 bis 1971 (III)

Ausgewählte Beiträge:

Kroner, G. (1966): Zur Bedeutung der Wirtschafts- und Planungskartographie für die Raumforschung in Mitteldeutschland. In: *Raumforschung und Raumordnung* 24, 3, 104–110.

Schinz, A. (1968): Die Stadterneuerung in Berlin. In: *Raumforschung und Raumordnung* 26, 1, 10–16.

Tismer, J. F. (1968): Hauptentwicklungslinien des räumlich-arbeitsteiligen Industrialisierungsprozesses im Ostblock. In: *Raumforschung und Raumordnung* 26, 2, 59–68.

Schliebe, K.; Teske, H.-D. (1969): Verdichtungsräume in West- und Mitteldeutschland. Ein innerdeutscher Vergleich. In: *Raumforschung und Raumordnung* 27, 4, 145–156.

Witt, W. (1969): Regionale Strukturprobleme im Ostseeraum. In: *Raumforschung und Raumordnung* 27, 5/6, 236–238.

Werner, F. (1971): Raumordnerische Aspekte der Investitionsgesetzgebung und der Volkswirtschaftspläne der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 29, 2, 49–56.

Hoffmann, M. (1975): Wohnungs- und Bodenpolitik in der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 33, 3, 134–144.

Die kurze Periode um 1970 erbringt nur Einblicke in Teilthemen der räumlichen Planung. Sie beginnt mit einem methodischen Aufsatz zur Bedeutung spezieller Kartographie für die Planung (Kroner 1966). Zudem wird Berlin wieder aufgerufen mit einer Diskussion der Stadterneuerung in West-Berlin (Schinz 1968) und es werden die regionalen Strukturprobleme im Ostseeraum behandelt (Witt 1969), wobei die DDR-Werftindustrie nur einen kleinen Abschnitt erhält. Tismer (1968) erörtert dann umfangreich die Industrialisierung im Ostblock. Dabei kommt er auf die strukturellen Disproportionen im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ebenso zu sprechen wie auf die geringe Arbeitsteilung sowie die Abhängigkeit von der UdSSR. Die DDR wird hinsichtlich der Planungen für eine gleichmäßige Standortverteilung der Produktivkräfte betrachtet. Der Dezentralisierungsversuch wird im Vergleich zum westlichen Marktssystem erörtert und wohl als noch nicht gescheitert betrachtet (Tismer 1968: 63). Die DDR wird nun übrigens in Anführungszeichen gesetzt – jetzt ist sie nicht mehr SBZ. Einen der wenigen deutsch-deutschen Vergleiche in dieser Zeit wird mit dem Aufsatz zu Verdichtungsräumen in der BRD und der DDR („West- und Mitteldeutschland“) von Schliebe und Teske (1969) vorgelegt, der auch parallele Prozesse in der räumlichen Verdichtung ausmacht, also weniger planungsbezogen ist.

Von weitergehender Bedeutung ist der Artikel von Frank Werner aus dem Jahr 1971. Er kann als eine Zwischenbilanz der DDR-Raumordnung nach 20 Jahren gelesen werden. Er ist der treffendste und umfassendste Beitrag zur Beurteilung der DDR-Territorialplanung bis 1990. Dabei rückt der Autor die Investitionsvorbereitung mit den „Perspektivplänen“ als Vollzug von Planung in den Mittelpunkt und bewertet darauf bezogen die unterschiedlichen Planungsebenen, -zeiten, -methoden, -theorien und -institutionen. Im Fazit wird ein Grundproblem der DDR-Territorialplanung herausgearbeitet: „Einer der Hauptgründe des Versagens der Inves-

titionsgesetzgebung in raumordnerischer Hinsicht scheint darin zu liegen, dass von Anfang an mit einem für unsere Gesellschaftsordnung [die der BRD] nicht verständlichen Optimismus die Selbstregelung aller Interessen zwischen Zweigen, Betrieben und Territorien im gegenseitigen Einvernehmen und zum Wohle aller vorausgesetzt wurde“ (Werner 1971: 54). Trotz aller „kybernetischen Euphorie“ (Werner 1971: 54) fehlte es an kritischer Empirie (Werner 1971: 55), um diesen Ansatz tatsächlich auch wirksam werden zu lassen. Dies ist eine nüchterne, treffende Einschätzung, die jede Polemik vermissen lässt. Das betrifft auch neue Methoden wie die Netzwerkplanung, bei der jedoch die räumliche Dimension hinter der wirtschaftszweiglichen herhinke (Werner 1971: 55) und letztlich ein Defizit an „demokratischer Raumordnung“ konstatiert wurde (Werner 1971: 56). Dieser kompakten Gesamtschau folgt noch ein Beitrag zur Wohnungs- und Bodenpolitik (Hoffmann 1975). Darin wird der Wohnungsbau im Kontext des Wohnungsbauprogramms der DDR hinsichtlich der Struktur und der Bestandspolitik betrachtet. Dies kann ebenso als eine Ergänzung zur umfassenden Übersicht gesehen werden wie der Reflex auf die Entwicklung in der BRD, der sich vor allem auf die Bodenpolitik bezieht, wo der Autor Defizite ausmacht (Hoffmann 1975: 140) – doch das Thema schlägt den Bogen zur nächsten Periode.

Es mutet natürlich erstaunlich an, dass diese Beiträge nicht offiziell von der Wissenschaft der DDR zur Kenntnis genommen worden sind, geben sie doch einen bis dahin am besten analysierten (West-)Einblick in den Stand der DDR-Territorialplanung. Ob dieser in der Staatlichen Plankommission (SPK) der DDR inoffiziell zur Kenntnis genommen worden ist, konnte nicht ermittelt werden – vermutlich aber geschah dies, nur zitiert werden konnten diese Aussagen nicht. Vielleicht haben die Ausführungen aber auch indirekt dazu beigetragen, dass in der Folgezeit eine wissenschaftlich relativ umfassende Literatur entstand. Es kommen zwei wichtige Grundlagenwerke heraus, die der räumlichen Planung in der Fachöffentlichkeit und darüber hinaus mehr Gewicht verleihen. Inzwischen sind auch die ersten Jahrgänge von Absolventen der Planungsschule in Weimar in den Institutionen angekommen. Es beginnt die Zeit der wissenschaftlich reflektierteren Planung – der Gegensatz zur Praxis vergrößert sich parallel allmählich aber auch.

5.4 1975 bis 1980 (IV)

Ausgewählte Beiträge:

Werner, F. (1978): Begriffe und Ziele der Raumordnungspolitik in der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 36, 4, 192–202.

Werner, F. (1979): Neuere Literatur zur Landeskunde und Raumordnung der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 37, 6, 285–287.

Werner, F. (1980): Raumordnerische Information und Regionalstatistik in der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 38, 3, 130–135.

Diese kurze Periode enthält zwar die meisten Beiträge über die DDR, kann hier aber knapp gehalten werden, da die Beiträge die in Kapitel 3 umrissenen Inhalte der DDR-Territorialplanung in kritischer Würdigung nachzeichnen. Werner (1978) legte eine systematische Darstellung der Begriffe, Ziele und Gesetze der Raumordnungspolitik vor. Damit sollte das Wissen im Westen über die DDR-Raumplanung erweitert werden. Er bewertet die DDR-Raumplanung als „effektiv“ und „rationell“ (Werner 1978: 201). Insgesamt, so die Quintessenz, „fügt sich die Raumordnungspolitik der DDR in die der Industriegesellschaften ein, die Probleme und Lösungsstrategien differieren überwiegend graduell“ (Werner 1978: 202). Die Territorialplanung der DDR zielt auf die Erhaltung der „territorialen Grundstruktur“ (Werner 1978: 202). Diese Schlussfolgerung deckt sich frappierend mit der Aussage im Handbuch „Städtebau“ der Bauakademie der DDR (Lammert 1979), das im gleichen Jahr erschien, freilich ohne kritische Reflexion oder internationale Tendenzbewertung. Die DDR war im Kreise der Industrienationen angekommen und hatte vergleichbare Probleme zu lösen.

Das Aufgreifen neuer Literatur der DDR zur Raumordnung (Werner 1979) kann als ein direkter Beleg für die westliche Wahrnehmung der neuen Tendenz in der DDR angesehen werden. Werner (1979: 285) konstatiert dabei ein Theorie- und ein Empiriedefizit. Werner (1980) legt eine weitere umfassende Auswertung von Literatur und Daten zur Raumordnung (Territorialplanung) vor und diskutiert diese. Der Autor erweist sich als profunder Kenner der DDR. Er war am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin tätig und hat über Städtebau und Architektur der DDR in dieser Zeit umfassend veröffentlicht. Jedoch scheint von nun an das Interesse der Redaktion und auch der Autorinnen und Autoren an der DDR erloschen zu sein.

In dieser Zeit reift aber im Bereich der Stadterneuerung ein gewisses Interesse an den neueren Entwicklungen in der DDR. So erscheinen 1985 in der Fachzeitschrift „Stadtbauwelt“ mehrere Beiträge über die Erneuerung in ausgewählten Beispielorten der DDR, allen voran Berlin, aber auch Greifswald, wo ein Modellprojekt zur Integration von Plattenbauten in die Altstadt erprobt wird (Bodenschatz 1985: 1738). Letztlich aber bleibt dieses Heft der „Stadtbauwelt“ zu Entwicklungen in der DDR auch eine Ausnahme.

5.5 1989/1990 (V)

Ausgewählte Beiträge:

Bräuniger, J. (1989): Territorialplanung in der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 47, 4, 191–201.

Grönwald, B. (1990): Der Beitrag der Städtebauforschung zur künftigen Stadt- und Regionalentwicklung im Gebiet der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 48, 4/5, 207–210.

Kind, G. (1990): Regional- und Stadtplanung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. In: *Raumforschung und Raumordnung* 48, 4/5, 210–217.

Heidenreich, G.; Grönwald, K. (1990): Aspekte der Regionalplanung in Theorie und Ausbildung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. In: *Raumforschung und Raumordnung* 48, 4/5, 217–226.

Scherf, K. (1990): Siedlungsstrukturforschung und -planung auf dem Gebiet der DDR. Zur politisch-administrativen Neugliederung des Gebiets der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 48, 4/5, 227–231.

Scherf, K.; Zaumseil, L. (1990): Zur politisch-administrativen Neugliederung des Gebiets der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 48, 4/5, 231–240.

Wulff, A.; Beyer, B.-B. (1990): Die DDR und ihre Grenzgebiete zur Bundesrepublik Deutschland. In: *Raumforschung und Raumordnung* 48, 2/3, 106–109.

Dieses Schlusskapitel der Reflexion über die DDR in „Raumforschung und Raumordnung“ eröffnet im Grunde ein neues Kapitel in der Rezeption und soll deshalb nur kurzfristig wichtige Akzente setzen. So kommt es nun in der Zeitschrift zu einem schlagartigen Auflodern des Interesses an der Territorialplanung der DDR. 1989 erscheint erstmals ein Beitrag eines DDR-Autors, Joachim Bräuniger, also vor dem politischen Umbruch von 1989/1990. Er heißt schlicht „Territorialplanung in der DDR“ (Bräuniger 1989). Der Autor stellt umfangreich das System der Planung in der DDR vor. Der Beitrag wird unkommentiert als Tatsachenschilderung abgedruckt. Nun ist die DDR in RuR auch direkt angekommen. Es gibt keine kritische Auseinandersetzung. Eher hat man den Eindruck, dass die Konvergenz vollzogen werden soll, haben doch beide Raumordnungen unter einer zu geringen gesellschaftlichen Wirksamkeit zu leiden. Das kann jedoch nur vermutet werden.

Ein Jahr später folgen dann umfassende Abhandlungen zur Territorialplanung, bei denen ein großer Bezug auf die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar und die dortige Sektion Gebietsplanung und Städtebau genommen wird, als der einzigen Planungsausbildungsstätte. Zudem treten die wichtigsten Personen der Territorialplanung und Raumtheorie der DDR, wie Konrad Scherf, Gerold Kind, Gotthard Heidenreich, Bernd-Bodo Beyer und Bernd Grönwald, die zumeist an der Anfang der 1990er-Jahre abgewickelten Lehrstätte für räumliche Planung in der DDR, der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, tätig waren. Diese fachlichen Beiträge (vgl. z. B. Grönwald 1990; Heidenreich/Grönwald 1990; Kind 1990; Scherf 1990; Scherf/Zaumseil 1990; Wulff/Beyer 1990) erscheinen wie ein Resümee der DDR-Raumplanung, weit über die engere Territorialplanung hinausreichend, und vermögen zugleich mehr zu sein als ein Abschiedsbrief einer untergegangenen Ära (vgl. Schelhaas 2011: 181–182). Ein grundlegendes De-

fizit in der Rezeption der DDR-Territorialplanung durch die BRD-Fachwelt unterstrich Becker (2006), indem er formulierte: „Kein einziger Beitrag [in RuR bezogen auf die DDR] problematisiert außerdem grundsätzlich die lohnende Frage nach dem Zusammenhang zwischen Wirtschaftssystem und räumlichen Entwicklungen“ (Becker 2006: 522).

6 Fazit

Können die Debatten, wie sie in „Raumforschung und Raumordnung“ (RuR) exemplarisch sichtbar wurden, auch einen Beitrag zu dem differenzierten Verständnis der Widersprüche in der DDR, im deutsch-deutschen Verhältnis und zur heutigen Raumdebatte leisten? Ohne den Gehalt der Beiträge historisch überschätzen zu wollen, symbolisieren sie doch ein einzigartiges Zeugnis des Wandels in der Fachkultur über den „Eisernen Vorhang“ hinweg. Sie manifestieren zudem ein Ringen um die Einflussmöglichkeiten der räumlichen Planung in den je verschiedenen gesellschaftlichen Systemen, wobei erstaunliche Parallelen offenbar wurden. Mit der Wahrnehmung der Territorialplanung in der DDR durch die westdeutsche Fachwelt erfährt erstere eine beachtliche Aufmerksamkeit, gerade auch durch die kritische Sicht auf diese. Die Beiträge in RuR manifestieren eine sich allmählich ausprägende deutsch-deutsche fachwissenschaftliche Kultur, die in der Zeit der disziplinären Konstituierung überörtlicher Planung in der industriellen Modernisierungsphase beider Staaten Zeugnis ablegt vom Reifeprozess dieses Fachgebietes. RuR spiegelt – ungewollt – diesen Vorgang wider und öffnet damit zugleich einen Blick auf die in der BRD selbst reifende Raumplanung. Die Zeitschrift trieb die Debatte sicher nicht voran, was auch kaum zu erwarten gewesen sein dürfte. Vielmehr legt sie jenes Zeugnis ab und stellt sich als Archiv des indirekten Annäherungsprozesses der Disziplinen über den Eisernen Vorhang hinweg dar. So gesehen lässt der Blick in die Fachzeitschrift den Prozess der wachsenden Neugier (vielleicht weniger prononciert formuliert: des wachsenden Interesses) an der DDR-Raumplanung erkennen. Getragen wurde dies jedoch nur von wenigen Autoren. So gesehen kann durchaus von einem Vorgang der Normalisierung in den fachlichen Beziehungen gesprochen werden, die in den 1980er-Jahren erreicht war und einen Ausgangspunkt für eine neue Qualität der deutsch-deutschen Beziehungen im Vorgang der Vereinigung abgegeben hätte – was in der Raumplanung zu einem Teil durchaus geschehen ist, gesamtgesellschaftlich aber kaum stattfand.

Es scheint mehr als nur „Trauerarbeit“ bei der Reflexion auf die DDR-Territorialplanung mitzuschwingen. Die räumliche Planung steht heute vor gravierenden Herausforderungen, die denen der Nachkriegszeit kaum nachstehen.

Die Herausbildung einer kooperativen Lernkultur über fachlich-politische Gräben hinweg kann eine Erkenntnis für die zukünftige Neujustierung der Raumplanung bringen. Eine Zeitschrift wie „Raumforschung und Raumordnung“ kann dabei ein selbst lernendes Medium wirken.

Acknowledgement The author would like to thank Ilka Viehmann for her cooperation; Wiebke Reinert, Harald Engler and the two anonymous reviewers for their helpful comments.

Funding This work received no external funding.

Competing interest The author declares no competing interests.

Literatur

- Balg, J. (1950): Die Großsiedlung Berlin sucht ihren Städtebauer. In: *Raumforschung und Raumordnung* 10, 3, 155–157.
- Becker, K. (2006): Die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ 1936–2006. Ein Überblick. In: *Raumforschung und Raumordnung* 64, 6, 512–523.
- Blotevogel, H. H. (2011): Raumordnung im westlichen Deutschland 1945 bis 1990. In: *ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hrsg.): *Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung*. Hannover, 115–168.
- Bodenschatz, H. (1985): Das Modell Greifswald: Altstadterneuerung in Plattenbauweise. In: *Bauwelt* 44, 1738–1741.
- Bönisch, R.; Mohs, G.; Ostwald, W. (1976): *Territorialplanung*. Berlin.
- Bönisch, R.; Mohs, G.; Ostwald, W. (1982): *Territorialplanung*. Dritte Auflage. Berlin.
- Bräuniger, J. (1989): Territorialplanung in der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 47, 4, 191–201.
- Conrady, H. W. (1954): Die Förderung der Landkreise im Zonenrandgebiet der Bundesrepublik. In: *Raumforschung und Raumordnung* 12, 1, 23–28.
- Dittrich, E. (1958a): Anmerkungen zu einer marxistischen Theorie der Städtebildung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 16, 1, 10–14.
- Dittrich, E. (1958b): StalinStadt – fortschrittliche Städteplanung? In: *Raumforschung und Raumordnung* 16, 2, 102–103.
- Engler, H. (2020): Transformation und Wende – Bau- und Planungsgeschichte der DDR in der Nach-Wende und das IRS in Erkner. In: Kegler, H.; Bodenschatz, H.; Stein, M.; Schröder, T. (Hrsg.): *Industrielles Gartenreich – bauhaus-wende-perspektiven*. Dessau-Roßlau, 188–192.
- Evers, H. (1959): Verwaltungsgliederung im Bundesgebiet und in der SBZ. In: *Raumforschung und Raumordnung* 17, 1, 33–39.
- Flierl, B. (1973): *Industriegesellschaftstheorie im Städtebau*. Berlin.
- Flierl, B. (2017): *Kritisch denken für Architektur und Gesellschaft. Arbeitsbiografie und Werkdokumentation 1948–2017*. Erkner. = *Regio Doc* 4.
- Geiger, R. (1950): *Das Klima der bodennahen Luftschicht*. Braunschweig.
- Grenzer, R. (1953): Die Flucht aus der sowjetischen Besatzungszone. In: *Raumforschung und Raumordnung* 11, 3/4, 172–178.
- Grönwald, B. (1990): Der Beitrag der Städtebauforschung zur künftigen Stadt- und Regionalentwicklung im Gebiet der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 48, 4/5, 207–210.
- Hadasch, I. (2020): Wege zur Stadtplanungslehre in der DDR und der BRD um 1970. Heidelberg. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-30887-2>
- Hadasch, I.; Kegler, H. (2019): 50 Jahre Stadtplanungslehre – Aufbruch in Weimar und neue Herausforderungen. In: *Planerin* 4, 21–23.
- Hain, S. (2020): Sanssouci oder die Suche nach dem wahren Schwedt – eine Bauhaus-Geschichte. In: Kegler, H.; Bodenschatz, H.; Stein, M.; Schröder, T. (Hrsg.): *Industrielles Gartenreich – bauhaus-wende-perspektiven*. Dessau-Roßlau, 44–47.
- Heidenreich, G.; Grünenwald, K. (1990): Aspekte der Regionalplanung in Theorie und Ausbildung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. In: *Raumforschung und Raumordnung* 48, 4/5, 217–226.
- Hönsch, F.; Lavrov, S. B.; Sdasjuk, G. V. (1986): *Bürgerliche Konzeptionen der regionalen Entwicklung*. Gotha.
- Hoffmann, M. (1975): Wohnungs- und Bodenpolitik in der DDR. In: *Raumforschung und Raumordnung* 33, 3, 134–144.
- Hoffmann, O.; Repenthin, C.; Flotho, R. (1966): *Neue urbane Wohnformen*. Berlin.
- Isbary, G. (1954): Regionale Entwicklungsplanung – die wiederentdeckte Regionalplanung in der Sowjetzone. In: *Raumforschung und Raumordnung* 12, 1, 45–46.
- Jacobs, J. (1963): *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*. Basel. = *Bauwelt-Fundamente* 4.
- Kanow, E. (1986): *Zwischen Anfang und Elend der Gebietsplanung in der DDR (Kurzfassung)*. Berlin (unveröffentlichter Text, der dem Autor von Kanow 1990 übergeben worden ist).
- Kegler, H. (1993): *Deutsche Stadterneuerung. Eine Diskussion zum Wirken von Felix Riehl*. In: Kunze, R.; von Petz, U.; Schubert, D.; Welch Guerra, M. (Hrsg.): *Jahrbuch Stadterneuerung 1993*. Berlin, 65–72.
- Kegler, H. (2015a): *Landesplanung Mitteldeutschland. „Spiel-Räume“: Die Entstehung der wissenschaftlichen*

- Raumordnung in Deutschland. Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 15.
- Kegler, H. (2015b): Ernst Kanow und die Geschichte der DDR-Territorialplanung. In: Strubelt, W.; Briesen, D. (Hrsg.): Raumplanung nach 1945 – Kontinuitäten und Neuanfänge in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main, 317–354.
- Kind, G. (1990): Regional- und Stadtplanung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. In: Raumforschung und Raumordnung 48, 4/5, 210–217.
- Kratzer, P. A. (1956): Das Stadtklima. Braunschweig.
- Kroner, G. (1966): Zur Bedeutung der Wirtschafts- und Planungskartographie für die Raumforschung in Mitteldeutschland. In: Raumforschung und Raumordnung 24, 3, 104–110.
- Kübler, A. (2007): Chronik Bau und Raum. Geschichte und Vorgeschichte des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Tübingen.
- Küttner, L. (1953): Über die Beziehungen der regionalen Entwicklungsplanung zur Stadt- und Dorfplanung in der DDR. In: Wissenschaftliche und Künstlerische Arbeiten – Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur Weimar 1, 38–55.
- Lammert, U. (1979): Städtebau – Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte. Berlin.
- Lehmann, H. (1961a): Die Veränderung der Verwaltungsstruktur – insbesondere der Gemeindegrenzen – in der sowjetischen Besatzungszone von 1946 bis 1961. In: Raumforschung und Raumordnung 19, 4, 193–200.
- Lehmann, H. (1961b): Standortverteilung der landwirtschaftlichen Produktion in der SBZ. In: Raumforschung und Raumordnung 19, 4, 162–164.
- Lotzmann, E.; Scherf, K. (2005): Territorialplanung in der DDR. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, 1154–1161.
- Nellner, W. (1960): Bevölkerungsvorgänge in den deutschen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung. In: Raumforschung und Raumordnung 18, 1, 39–41.
- Rau, S. (2013): Räume. Konzepte, Wahrnehmungen, Nutzungen. Frankfurt am Main.
- Schelhaas, B. (2011): Räumliche Planung in der SBZ und DDR 1945 bis 1990. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, 169–182.
- Scherf, K. (1990): Siedlungsstrukturforschung und -planung auf dem Gebiet der DDR. Zur politisch-administrativen Neugliederung des Gebiets der DDR. In: Raumforschung und Raumordnung 48, 4/5, 227–231.
- Scherf, K.; Zaumseil, L. (1990): Zur politisch-administrativen Neugliederung des Gebiets der DDR. In: Raumforschung und Raumordnung 48, 4/5, 231–240.
- Schinz, A. (1968): Die Stadterneuerung in Berlin. In: Raumforschung und Raumordnung 26, 1, 10–16.
- Schliebe, K.; Teske, H.-D. (1969): Verdichtungsräume in West- und Mitteldeutschland. Ein innerdeutscher Vergleich. In: Raumforschung und Raumordnung 27, 4, 145–156.
- Seiler Brylla, C. (2019): Strategische Benennungen. Zur Sprachgeschichte des geteilten Deutschland in einem deutsch-schwedischen Kontext. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 49, 2, 279–301. <https://doi.org/10.1007/s41244-019-00134-2>
- Storbeck, D. (1959): Die regionalen Tendenzen der industriellen Entwicklung in der SBZ im Siebenjahrplan 1959–1965. In: Raumforschung und Raumordnung 17, 4, 205–215.
- Tismer, J. F. (1968): Hauptentwicklungslinien des räumlich-arbeitsteiligen Industrialisierungsprozesses im Ostblock. In: Raumforschung und Raumordnung 26, 2, 59–68.
- von Hinüber, H. (2005): Geschichte der überörtlichen Raumplanung. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, 384–393.
- Werner, F. (1971): Raumordnerische Aspekte der Investitionsgesetzgebung und der Volkswirtschaftspläne der DDR. In: Raumforschung und Raumordnung 29, 2, 49–56.
- Werner, F. (1978): Begriffe und Ziele der Raumordnungspolitik in der DDR. In: Raumforschung und Raumordnung 36, 4, 192–202.
- Werner, F. (1979): Neuere Literatur zur Landeskunde und Raumordnung der DDR. In: Raumforschung und Raumordnung 37, 6, 285–287.
- Werner, F. (1980): Raumordnerische Information und Regionalstatistik in der DDR. In: Raumforschung und Raumordnung 38, 3, 130–135.
- Werner, O.; Kotsch, D.; Engler, H. (Hrsg.) (2017): Bildung und Etablierung der DDR-Bezirke in Brandenburg. Berlin. = Bibliothek der Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 16.
- Witt, W. (1969): Regionale Strukturprobleme im Ostseeraum. In: Raumforschung und Raumordnung 27, 5/6, 236–238.
- Wulff, A.; Beyer, B.-B. (1990): Die DDR und ihre Grenzgebiete zur Bundesrepublik Deutschland. In: Raumforschung und Raumordnung 48, 2/3, 106–109.